

TATSACHEN ZUM IMPERIALISMUS

Angriff der Monopole auf Gewerkschaftsrechte

In den kapitalistischen Ländern ist die Betätigung der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder für demokratische und soziale Rechte ständigen Angriffen durch das Großkapital und seinen Machtapparat ausgesetzt.

In den USA, dem Hauptland des Imperialismus, gibt es vor allem in den Südstaaten eine gegen die Gewerkschaften gerichtete Gesetzgebung. Sie zeigt sich darin,

- daß einem nichtorganisierten Arbeiter skrupellos Vorteile eingeräumt werden;
- daß derjenige, der für die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften wirbt, gerichtlich verfolgt wird;
- daß unter anderem dadurch durchschnittlich nur 10 Prozent der Arbeiter in diesen Staaten gewerkschaftlich organisiert sind; in Nord- und Südkarolina sind es sogar nur 5 Prozent.
- Etwa 1000 Spezialorganisationen bekämpfen im Auftrage von Konzernen die Gewerkschaften.
- Die Methoden des Kampfes gegen die Gewerkschaften sind mehr und mehr Gegenstand spezieller Studien und werden als eine für die Unternehmer erforderliche besondere Wissenschaft gelehrt. So organisierte die Wirtschaftsfakultät der Universität Baltimore einen Lehrgang unter der bezeichnenden Thematik „Beseitigung der Gewerkschaften“.
- Um im Herbst 1981 den Streik der Fluglotsen abzuwürgen, setzte die USA-Regierung durch, daß alle streikenden Fluglotsen entlassen und Gewerkschaftsführer verhaftet wurden; der Gewerkschaft wurde die Vertretung der Fluglotsen verboten.

In **Großbritannien** sind die Rechte der Gewerkschaften durch vom Parlament verabschiedete Gesetze rücksichtslos eingeschränkt worden.

- Die konservative Parlamentsmehrheit drückte 1982 ein neues Anti-Gewerkschaftsgesetz durch, das es dem Monopolkapital ermöglicht, die Folgen der Krise des kapitalistischen Systems auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen.
- Kampfaktionen der Gewerkschaften, zum Beispiel gegen Arbeitslosigkeit und andere, sind nach diesem Gesetz illegal. Die Gewerkschaften und einzelne Teilnehmer können dafür mit hohen Geldstrafen belegt werden.

In der BRD geht der Demokratieabbau mit einem Angriff auf erkämpfte Gewerkschaftsrechte einher.

- Die Unternehmerverbände haben - wie die in Westberlin erscheinende SPD-Zeitschrift „Berliner Stimme“ mitteilte - zusammen mit dem Institut für Deutsche Wirtschaft ihre Mitgliedsfirmen angewiesen, die gewählten Betriebsräte zu bespitzeln. Dazu wurde ein siebenseitiger Fragebogen in die Betriebe gegeben.
- Mit Hilfe einer Arbeitsgerichtsklage versuchen die Unternehmer der Metallindustrie, folgende gewerkschaftsfeindliche Prinzipien durchzusetzen:
 - Betriebliche Streiks sind verboten;
 - selbst gegen Willkür und Unrechtsmaßnahmen des Kapitalisten dürfen sich die Betroffenen nicht durch Arbeitsniederlegung wehren;
 - spontane Streiks gelten grundsätzlich als rechtswidrig;
 - Betriebsbesetzungen sind unzulässig;
 - bei Produktionsausfällen infolge von Streiks in anderen Betrieben kann der Unternehmer den Beschäftigten ihren Lohn verweigern;
 - die Gewerkschaften werden mit Haftungsklagen **in Millionenhöhe belangt**;
 - Aussperrungen als Druck- und Drohmittel der Unternehmer sind zulässig.

(NW)

Leserbriefe.

technischen Fortschritts mit Hilfe von Erfahrungsaustauschen oder auch direkt anderen Betrieben im Territorium vermittelt.

Neben einem berufenen Stamm von Kommissionsmitgliedern, die nach einem mit der Kreisleitung abgestimmten Plan arbeiten, bezieht die Kommission darüber hinaus Spezialisten aus den Betrieben ein. Sie werden in zeitweiligen Arbeitsgruppen zur Lösung ausgewählter Aufgaben eingesetzt. Dabei gilt es einerseits, Maßstäbe zu setzen und technische Hilfestellung zu geben, und andererseits eine zielstrebige politisch-ideologische Arbeit zu leisten, um Zurückblei-

bende an das Niveau der Fortgeschrittenen heranzuführen.

Fortschritte, die in Wissenschaft und Technik in unserem Kreis erreicht werden konnten, wie die termin- und qualitätsgerechte Erfüllung der Staatsplanaufgaben und die vorfristige Einführung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse in der Praxis, gilt es weiter auszubauen. Das trägt dazu bei, den höheren Ansprüchen an Wissenschaft und Technik gerecht zu werden. Dabei kommt es darauf an, daß - wie im VEB Werkzeugmaschinenfabrik Saalfeld mit dem Aufbau eines integrierten Fertigungsabschnittes - neue Wege beschrritten werden. So gelingt

es, ganze technologische Prozesse durchgängig zu automatisieren.

Damit solche Beispiele nicht Einzelbeispiele bleiben, gilt **EU** gezielt alle schöpferischen Kräfte innerhalb der Kreisparteiorganisation und der Arbeitskollektive zu fördern, um im Sinne von Karl Marx mit neuen Initiativen die auf das Wohl des Volkes und die Sicherung des Friedens gerichtete Politik der SED zu verwirklichen. Genau das ist das Anliegen unserer Kommission.

Reinhard Mäder
Vorsitzender der Parteikommission
Wissenschaft und Technik des Sekretariats
der Kreisleitung Saalfeld der SED